

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 11

Artikel: Zur Krise im Mittleren Osten : die Araber proben den Ernstfall
Autor: Pommer, Hans Jörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

8. Jahrgang, Nr. 11

Erscheint alle zwei Wochen

Bern, 31. Mai 1967



Bibliothek der
Eids. Techn.
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Zur Krise im Mittleren Osten

Die Araber proben den Ernstfall

Von Hans Jörg Pommer

Auf dem jüngsten Höhepunkt der seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 schwelenden Nahost-Krise stempelte Ägyptens Präsident Nasser Israel zum «Aggressor», liess den für das Land lebenswichtigen Golf von Akaba für alle den Hafen von Eilat anlaufenden Schiffe blockieren und rief die arabische Welt zum «totalen Krieg» gegen den Staat der Juden auf;

• auf dem Höhepunkt predigten die Imam in den Moscheen Kairos, Damaskus' und Ammans den «heiligen Krieg» und beteten die Rabbiner in den Synagogen Israels für den Frieden;

• auf dem Höhepunkt boykottierte der Kreml den Sicherheitsrat der UNO, zog sich de Gaulle mit dem unrealistischen Vorschlag zur Einberufung einer Viermächtekonferenz aus der Affäre, liess sich UNO-Generalsekretär U Thant von Nasser voreilig erpressen, befahl die Europäer Ratlosigkeit und Beklemmung, erklärten sich die Regierungen Chinas und Indiens solidarisch mit den aggressiven Absichten der Araber und wurde Israel von der Welt mehr und mehr in die Isolierung gedrängt;

• auf dem Höhepunkt der Krise schliesslich bewies das bedrängte Israel angesichts seiner Exi-

stenzbedrohung bewundernswerte Zurückhaltung und Gelassenheit.

So sehr auch die erneute Zuspitzung der Krise den Status quo im Mittleren Osten zu erschüttern und die Welt einem neuen Krieg entgegenzutreiben scheint, liegt eine grosse militärische Auseinandersetzung — zumindest was das Engagement der Weltmächte betrifft — nicht im Bereich des Wahrscheinlichen. Weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten sind an einer direkten Konfrontation in diesem Krisenherd interessiert, wenngleich die Lage heute anders ist als 1956, als beide Supermächte — unabhängig voneinander — eine Ausweitung des Sinai-Krieges im Keime ersticken. Für den Kreml scheinen sich die Ereignisse der letzten Woche vielmehr unerwartet überstürzt zu haben.

Für Nasser ist die Mobilmachung der arabischen Armeen und ihr Aufmarsch an den Grenzen Israels eher ein Spiel mit dem Feuer. Allerdings scheint er bei seinem Spiel an der Eskalationschraube die Radikalität der «Palästinensischen Befreiungsorganisation» Ahmed Schukairis zu gering veranschlagt zu haben. Kairo und Damaskus könnten sich weder getrennt noch vereint derzeit

In dieser Nummer

Augenschein in Aden 2/3

Der erste Teil einer illustrierten Serie von Peter Sager.

Der Vaterlandsbegriff in Ostdeutschland 4

Eine Darstellung aus Ost-Berlin zu einem Thema, das man nicht nur im Westen betonen kann.

Die sowjetische Frau 5

Die werktätigen Frauen zwischen Arbeit und Familie.

Der neue KGB-Chef 8

Der neue Chef des sowjetischen Sicherheitsdienstes war 1956 Botschafter der UdSSR in Budapest gewesen.

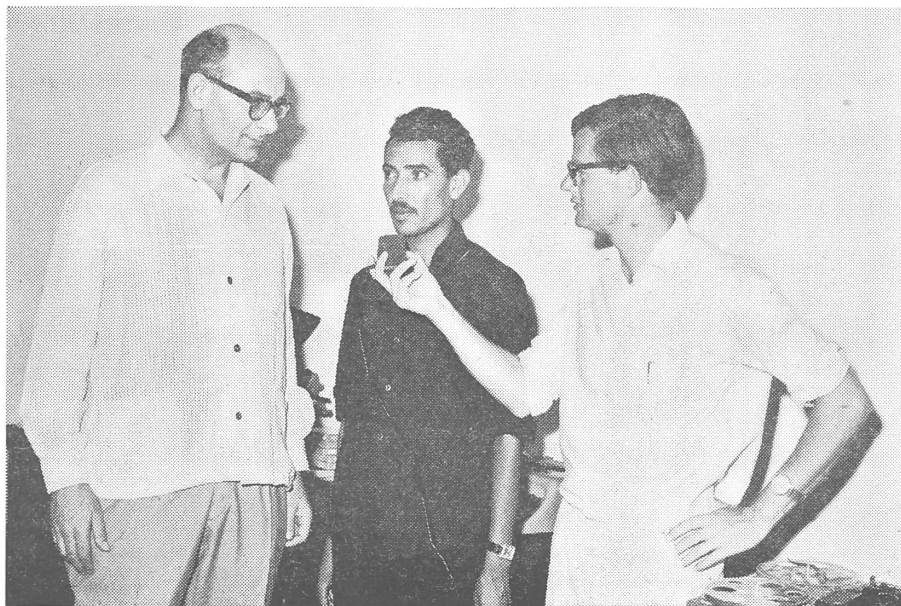
einen Waffengang mit Israel leisten, weil vermutlich Israel daraus relativ siegreich hervorgehen würde. Nasser steckt zu tief in innen- und aussenpolitischen Schwierigkeiten — Wirtschaftskrise, drohender Staatsbankrott, Fiasko in Jemen, totale wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der Sowjetunion, um die wichtigsten zu nennen — und Syrien ist, ausser auf Moskau, ganz auf Nasser angewiesen.

Nassers Position in der arabischen Welt ist mehr als erschüttert. In dieser Lage bleibt ihm lediglich der Ausweg des geringsten Widerstandes, (Fortsetzung auf Seite 9)

Kairos Hand in Aden

Ägyptische Drohungen bestehen nicht nur für Israel. Die dramatischen Ereignisse in Jemen und Aden sind in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Nasser im südarabischen Raum mit allen Mitteln seine strategischen Pläne zu verwirklichen sucht. Wie ist es dazu gekommen? Worum geht es dort? Auf den nächsten Seiten beginnen wir mit dem Abdruck einer illustrierten Reportage, die der Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts nach seiner zweiten Aden-Reise zusammengestellt hat. Peter Sager hat sich an Ort und Stelle umgesehen und dokumentiert, um auf belegte Weise den Versuch einer ägyptischen Macht ergreifung in Aden zu schildern. Vom gleichen Autor wird im SOI-Verlag auch ein Buch zu diesem Thema erscheinen.

Unser Bild zeigt den Autor im Gespräch mit einem prominenten Flüchtling aus Jemen, Abdullah al-Abjad. Dieser überzeugte Republikaner war seinerzeit noch mit Präsident Sallal in Peking und Moskau gewesen. Zuletzt amtierte er als Direktor von Radio Sana.



getroffen hatte, die für den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch waren.

Danach ist die Ausbeutung des Proletariats eine direkte Folge des Privateigentums an den Produktionsmitteln. In der kapitalistischen Gesellschaft müssen die Werktätigen, das heisst jene Schichten der Bevölkerung, die über keine Produktionsmittel verfügen, ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Mit ihrer Arbeit aber erzeugen sie einen grösseren Wert als den Lohn, den sie ausbezahlt bekommen. Diese Differenz ist der sogenannte Mehrwert, der dem Besitzer der Produktionsmittel (Industrie usw.) zufällt und ihn immer weiter bereichert, was ihn wiederum in den Stand setzt, die Ausbeutung in immer grösserem Umfang zu betreiben. Nach kommunistischer Theorie bleibt die Ausbeutung deshalb so lange bestehen, als die Produktionsmittel nicht in Gesellschafts- oder Staats-eigentum übergeführt werden.

Soweit die Theorie. Wie aber sieht es mit der Auflösung der Ausbeutungsverhältnisse in der Praxis aus? Zwar wurden mit der kommunistischen Macht-ergreifung die Gross- und Kleinbetriebe wohl nahezu restlos verstaatlicht, aber an die Stelle der Privatbesitzer trat die allmächtige Verbindung von Partei und Staat, ein riesenhafter Trust, der alle wirtschaftliche und politische Macht in einer Hand konzentriert. Gegen diese Supermacht kann die Arbeiterschaft ihre spezifischen Interessen nicht verteidigen. So ist auf folgende Punkte hinzuweisen:

- Jeder Streik ist verboten und kann sogar als Sabotage geahndet werden.

- Arbeiterschutzorganisationen gibt es nicht, denn die Gewerkschaften sind keine Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, sondern Organe der Staats-

macht. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, sich für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Planerfüllung und andere von der Partei geförderten Ziele einzusetzen.

- Der Staat, mit andern Worten der Arbeitgeber, bestimmt nicht nur die Löhne, sondern auch die Preise jener primären Konsumgüter, die er seinen Arbeitnehmern verkauft.

Der viel besprochene Mehrwert kommt auch jetzt nicht dem Arbeiter zugute, sondern wird vom Staat abgeschöpft. Ueber seine Verwendung entscheidet das oberste Parteigremium ohne jede Kontrolle, da es keine echte parlamentarische Vertretung gibt. Der Warenmangel wird durch Preiserhöhungen aufgefangen, obwohl diese laut kommunistischer Theorie nur für das kapitalistische System charakteristisch sein sollten. In den sozialistischen Staaten dagegen müssten die Preise eigentlich ständig gesenkt werden, was den Tatsachen natürlich keineswegs entspricht.

Ferner müssen die Arbeitnehmer bei allen möglichen Gelegenheiten sogenannte Produktionsverpflichtungen auf sich nehmen, die für sie eine unbezahlte Mehrarbeit darstellen, für den staatlichen Arbeitgeber dagegen einen kostenlosen Mehrgewinn. Dazu kommen noch die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitsverpflichtungen, die praktisch bedeuten, dass die Bevölkerung in ihrer Freizeit bei Feldarbeiten, Strassenbauten, Hausreparaturen usw. unentgeltliche Arbeit leisten muss. Die rumänische KP berichtet in ihrer Presse durchaus öffentlich darüber, wie viele Millionen Lei der Staat auf diese Art einsparen konnte. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass bei der ungarischen Volkshebung die hartnäckigsten Kämpfe gerade in den Budapest-er Arbeitervierteln stattfanden. SOI

zeit und damit in der Zwischenzeit tendenziell recht gehabt. Allerdings liegen die ursächlichen Zusammenhänge nicht so eindeutig fest: Der Einsatz in Südostasien ist zum Teil eine Folge des sich vermindernden Interesses an Europa. Im vorletzten Beitrag prüft Heinz Brehm die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf den sowjetisch-chinesischen Konflikt.

Diese mit Fakten unterbauten Meinungsäusserungen sind ergänzt durch einen Anhang, der die wichtigsten Erklärungen Südvietnams, Nordvietnams und der Vereinigten Staaten, einige Zahlen von militärischem Belang über Grösse der Streitkräfte und ihrer Verluste sowie eine Zeittafel und eine Bibliographie umfasst.

Herausgeber und SAD haben angestrebt, mit diesem Buch dem interessierten Staatsbürger die sachliche Dokumentation zur eigenen Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen. Die Autoren der hier zusammengefassten Aufsätze gehören daher nicht einer Richtung allein an. Gleichzeitig sind polemische «Parteivertretungen» vom Buche ausgeschlossen geblieben: statt der Schwarz-Weiss-Farben herrschen die wahrheitsnäheren Grautöne vor.

Wer sich nicht berufsmässig mit diesem gefährlichen Krisenherd befassen kann, aber trotzdem eine eigene und sachbezogene Meinung sich erarbeiten möchte, wird mit Gewinn zu diesem Buch greifen. Damit ist zugleich eine Grenze aufgezeigt, die jeder sachlichen Dokumentation gesetzt bleiben wird.

Es ist wohl kaum zu übersehen, dass viele Gegner der amerikanischen Haltung im Vietnamkrieg kaum aus politischen, vielmehr aus emotionalen Gründen zu ihren Urteilen gelangt sind. Verdrängungen und Projektionen in die politische Ebene sind aber in dieser Ebene selbst durch eine Diskussion der Tatsachen nicht mehr aufzulösen. Der Vietnamkrieg ist vielen zur Kulis geworden, die verschiedenste psychische und wenig politische Hintergründe verdeckt.

Dort, wo ein ehrliches Bemühen um sachliche Information gegeben ist, dort auch, wo Informationslücken fragwürdige Meinungen bewirkt haben, kann dieses Buch grosse Dienste leisten. Unermüdet sachlich zu informieren, was keine Wunder vollbringt, mag oft zu wenig wirksam scheinen, ist jedoch langfristig der einzig mögliche und ethisch gerechtfertigte Weg. r. s.

Der Buchtip

«Der Vietnamkrieg». Tatsachen und Meinungen. Herausgegeben von Alois Riklin. Schriften des Schweizerischen Aufklärungsdienstes. Zürich 1967. 177 Seiten.

Weil am Vietnamkrieg die politische Haltung allgemein und besonders dem Kommunismus gegenüber gebildet und verbildet wird — so Riklin in seinem einführenden Beitrag «Vietnamkrieg und öffentliche Meinung» —, hat der SAD diese Schrift herausgegeben. Neben diesem Beitrag und einem Schlusswort von Lorenz Stucki, «Perspektiven ostasiatischer Zukunft», sind neun Aufsätze zum Thema Vietnam, die 1965 und 1966 in ausländischen Zeitschriften veröffentlicht worden sind, hier wiedergegeben.

Hans Wilfried von Stockhausen untersucht in seinem Beitrag «Das koloniale Erbe» jenen Teil der Vorgeschichte, der zum Verständnis der heutigen Lage besonders bedeutsam ist, ohne aus verständlichen Gründen auf die vorfranzösische Zeit eingehen zu können, welche die vietnamesischen Abgrenzungen gegenüber China zu erklären vermögen. George A. Carver und Ernst Kux stellen in ihren Beiträgen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der «Revolution in Südvietnam» dar, eine Entwicklung, welche vermutlich zur nordvietnamesischen Aggression ähnlich beigetragen hat, wie das westdeutsche Wirtschaftswunder zur Versteifung Ulbrichts. Carver gibt in einem weiteren Artikel einen interessanten Abriss über «Die Viet-

cong», jene Organisation, welche politisch im ehemaligen Indochina die grösste Macht zu entfalten verstand. Bernard D. Fall befasst sich mit der Frage «Bürgerkrieg oder nordvietnamesische Aggression?» und sucht die Antwort im Zwischenbereich dieser Grenzfälle. Von besonderem Interesse ist sodann die seinerzeit bereits in «Encounter» stark beachtete Stellungnahme Richard Löwenthals, «Wider die amerikanische Intervention», die hier mit einer von mehreren in der englischen Zeitschrift veröffentlichten Antworten «Löwenthals Irrtümer» von Arnold Beichmann, zusammen schliesslich mit Löwenthals «Replik» abgedruckt sind. Der Berliner Politologe hatte seinerzeit eine Abkehr Amerikas von Europa als Folge des Vietnamkrieges prophe-

Die Araber proben ...

(Fortsetzung von Seite 1)

das heisst die — wenn auch nur oberflächliche und vorübergehende — Wiederherstellung der arabischen Einheit an ihrem einzigen realen, aber unrealistischen Kristallisationspunkt — der gemeinsamen Feindschaft gegen Israel.

Für Israel schliesslich ist die Situation äusserst kritisch. Aegypten und die übrigen radikalen arabischen Staaten haben nie einen Hehl aus ihrer Absicht gemacht, Israel zu gegebener Zeit zu vernichten. Israel muss diese Bedrohung ernst nehmen, gleichgültig wie real die Chance ihrer Verwirklichung sein mag. In Israel weiss man aber auch, dass nach Lage der Dinge — und solange keine Normalisierung des Verhältnisses zu seinen Nachbarstaaten erreicht werden kann

— die Existenz des Staates am ehesten durch die arabische Uneinigkeit garantiert ist. Jede unbedachte Aktion Israels könnte gerade diese Uneinigkeit mit einem Schlag in Einigkeit verwandeln und damit nur Nassers Zielen dienen.

Daher ruht auf dem kleinen Staat Israel nicht nur heute, sondern auch in der voraussehbaren Zukunft die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens oder wenigstens des Waffenstillstandes im Mittleren Osten und in der Welt. Je grösser die Solidarität der freien Welt mit Israel ist, desto eher kann es die arabischen Drohungen und Provokationen ertragen. Je einsamer sich Israel in der Gemeinschaft der freien Völker fühlen muss, desto eher wird es — auf sich allein gestellt und der arabischen Todfeindschaft ausgeliefert — zur Verteidigung seiner physischen Existenz mit, notfalls präventiver, Waffengewalt neigen. -HJP-